

P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 17 – Strukturreform der Finanzämter

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

CDU = Reformblockierer

Mit dem Umdruck 15/4016 hat die Landesregierung auf Bitte des Finanzausschusses einen ausführlichen Bericht erstellt: Auf 38 Seiten sind Fragen beantwortet, Zahlen und Berechnungen genannt.

Nun ist es natürlich die Aufgabe des Parlamentes und vor allem der Opposition, diese Zahlen genau zu hinterfragen, aber genau dies tut die CDU mit dem heutigen Berichtsantrag nicht. Die CDU kritisiert zwar scharf die Pläne der Landesregierung und der finanzpolitische Sprecher der CDU Fraktion spricht von „teurem Murks“ - aber die CDU sagt nicht, wie sie selbst die Reform gestalten würde.

Es ist wieder das alte Spiel: Erst wirft die CDU der Regierung vor, dass die Verwaltungsstrukturen nicht effizienter als bisher organisiert werden. Legt die Regierung aber ein Konzept vor, kritisiert die CDU munter drauf los, ohne eigenen Vorschläge zu machen, wie es besser gehen könnte.

Dieses Verhalten kennen wir von der Hochschulreform, von der Reform der Umweltverwaltung, von der Reform der Katasterämter. Heute ist die Strukturreform der Finanzämter in der Kritik, morgen wird es die Polizeireform sein.

Und bei richtig großen Reformen – wie beispielsweise der Reform der Kommunalverwaltungen – beantragt die CDU schon vor Beginn der Diskussion, dass sich gegen den Willen der Betroffenen nichts ändern darf.

Schwanz einziehen statt Mut zu Veränderungen: Das ist die CDU-Fraktion in Schleswig-Holstein.

Meine Fraktion stellt sich hingegen den notwendigen Veränderungen in unserem Land. Wir wollen, dass auch über Jahrzehnte gewachsene Strukturen hinterfragt und aufgebrochen werden.

1/2

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 025.04 / 22.01.2004

Grüne

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

So gibt es 21 Finanzämter in einem Land mit 15 Kreisen und kreisfreien Städten - eine Struktur, die logisch nicht zu erklären ist. Zumal die Finanzämter nicht zu denjenigen Behörden gehören, die von den BürgerInnen häufig aufgesucht werden müssen.

Meine Fraktion plädiert dafür, dass alle Dienstleistungen der Verwaltung, die die BürgerInnen häufig in Anspruch nehmen, vor Ort abgerufen werden können. Für alle anderen Aufgaben der Verwaltung gilt: Nicht der Standort, sondern die Effizienz muss im Vordergrund stehen.

Deshalb haben wir uns bereits im Dezember für die Veränderungen der Finanzverwaltung ausgesprochen. Heute wollen wir die Debatte nutzen, um dieses nun auch mit einem Landtagsantrag zu bestätigen. Damit geben wir der Opposition die Chance, sich doch noch für die notwendigen Veränderungen auszusprechen.

Grundlage für eine neue Struktur der Finanzämter ist für uns, dass durch größere Verwaltungseinheiten Synergieeffekte entstehen. Außerdem soll durch „weniger Häuptlinge und mehr Indianer“ mit dem gleichen Personalbudget mehr Kapazität für Steuer- und Betriebsprüfungen geschaffen werden.

Bei der Auflösung der Oberfinanzdirektion haben wir dieses Ziel bereits umgesetzt. Nun folgt in einem zweiten Schritt die Stärkung der Steuerverwaltung durch die Neuorganisation der Finanzämter.

Wir haben inzwischen vom Personalrat des Finanzamtes Eutin andere Berechnungen erhalten, als sie der Finanzminister vorgelegt hat, und auch aus Heide liegen uns eigene Berechnungen der Betroffenen vor. Nun ist es die Aufgabe des Finanzausschusses, sich mit den unterschiedlichen Zahlen zu beschäftigen, um sich dann für die wirtschaftlichste Lösung auszusprechen.

Damit ist der Sache mehr gedient, als mit Berichtsanträgen und mit Schaufensterreden im Parlament.

Ich fordere vor allem die CDU auf, unserem Antrag zuzustimmen und dann gemeinsam mit uns im Finanzausschuss anhand der vorliegenden Berechnungen zu diskutieren. Eine Nichtpositionierung der CDU – wie bei der Hochschulreform – werden wir nicht zulassen.

Die CDU muss heute Farbe bekennen, ob sie grundsätzlich eine Reform der Finanzverwaltung will oder ob sie wieder einmal Reformblockierer ist, um vor Ort Allen alles versprechen zu können.
